

REDE Veronika 27.01.2026

Was hier hinter den Mauern vor 85 Jahren geschah ist auch heute noch unvorstellbar für uns. Und für viele Menschen, die damals gelebt haben, war es das vermutlich auch. Natürlich wussten und ahnten viele, dass hier schlimme Verbrechen stattfanden, genauso wie in dem Konzentrationslager in und außerhalb Deutschlands. Es wollte nur niemand so recht glauben, dass Kinder gezielt getötet werden. Selbst die Nazis befürchteten, dass es hiergegen Widerstand geben würde und versuchten, die systematische Ermordung von Kindern geheim zu halten.

Sie schafften es stattdessen, eine Gesellschaft so zu vergiften, dass sie eine Infrastruktur schaffen konnte, die die heimliche Ermordung überhaupt möglich machte. Über Jahre hinweg wurden Sprache und Rhetorik gezielt verändert und eingesetzt, um Menschengruppen zu diskreditieren, zu entwerten, als unwürdig darzustellen. Gesetze zur sogenannten Rassenhygiene wurden nach und nach umgesetzt und verschärft, um weiter die Vorstellung von „besseren“ und „schlechteren“ Menschen zu verbreiteten. Somit war es dann auch gesellschaftlich akzeptabel, wenn Kinder mit Behinderungen in sogenannte Kinderfachabteilungen eingewiesen wurden, zur ‚Behandlung‘. Dort wurden sie dann gezielt getötet oder sie starben bei Experimenten oder durch Vernachlässigung und Mangelernährung.

Kurz – die Bandbreite des Akzeptablen wurde so weit vergrößert, dass das Inakzeptable hinter Stacheldraht und Mauern stattfinden konnte.

Im damaligen Deutschland gab es 30 solcher Kliniken, mindestens 5000 Kinder wurden dort ermordet. Das Ausmaß von Krankentötungen in den besetzten Gebieten ist bisher nur punktuell bekannt.

Wann genau es zu spät war, diese Entwicklung zu verhindern oder gar umzukehren, lässt sich sicher nicht genau feststellen. Doch eins ist sicher, der um 1870 aufgekommene Sozialdarwinismus, der rassistische, pseudowissenschaftliche Argumente zur Tötung von Menschen mit Behinderungen lieferte, diente den Nationalsozialisten als Grundlage für ihre mörderische Politik 60 Jahre später.

Wo stehen wir heute? Weit entfernt von solchen unmenschlichen Gräueltaten, das muss klar gesagt sein. Und dennoch sind wir nicht auf der sicheren Seite, wir riskieren unsere Menschlichkeit zu verlieren. Denn dazu muss es nicht zu staatlich sanktionierte Morden kommen. Auch die systematische Diskriminierung von Gruppen führt zu Unmenschlichkeit, Leid und Verzweiflung. Und in diese Richtung gehen wir, geht unsere Politik.

Seit Jahren schon verschärft sich die Rhetorik gegenüber vielen Gruppen, werden völkisch besetzte Begriffe wiederbelebt. Seit 2018 ist zum Beispiel der Begriff ‚Heimat‘ Teil des Namens eines wichtigen Bundesministeriums, erst beim Ministerium des Inneren, seit letztem Jahr beim Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat.

Die großen Probleme des Landes werden Zugezogenen und Menschen mit migrantischen Hintergrund zur Last gelegt, sowohl von Regierung als auch von den meisten Oppositionsparteien, allen voran die AfD.

Die wirtschaftliche Lage wird mit den angeblich überbordenden staatlichen Sozialleistungen begründet, Teilzeitarbeit als Lifestyle herabgewürdigt. Die Rhetorik von Kanzler Merz zur Leistungsgesellschaft wertet indirekt alle die Menschen ab, die durch Erkrankung, andere Einschränkungen, oder durch Pflegearbeit nicht Vollzeit arbeiten können.

Die Misere ist ja auch die, dass viele in der Regierung wissen, dass diese Schuldzuweisungen aus der Luft gegriffen sind. Es sind nicht die Geflüchteten, Erkrankten, die Menschen, die nicht Vollzeit arbeiten können, die für Ungleichheit, Armut, Wohnungsnot und Klimawandel verantwortlich sind. Es ist der völlig fehlgeleitete Versuch, der AfD das Narrativ zu entreißen, indem sie sie nachäfft.

Nicht nur funktioniert diese Strategie nicht, wie man an den letzten Wahlen und aktuellen Umfragen ablesen kann. Zusätzlich dient solches Gerede in einer polarisierten, von rechtsextremen Agitatoren gespaltenen Gesellschaft nur dazu, die Abwertung von Menschengruppen zu verstärken, die Bandbreite des Akzeptablen zu erweitern. Wenn die AfD an die Macht kommt, dann wird sie es um ein Vielfaches leichter haben ihre menschenfeindliche Politik in Bezug auf Inklusion und Migration durchzusetzen, die Demokratie weiter zu zersetzen, und die Deportation von Millionen von Menschen einzuleiten.

Dagegen müssen wir protestieren, demonstrieren, die Regierung zur Rechenschaft ziehen. Ich bitte die hier allen Anwesenden, sich weiter zu engagieren, zu widersprechen, wenn Menschengruppen abgewertet werden, im privaten Freundeskreis wie in der Öffentlichkeit. Nur gemeinsam können wir es schaffen, das unser NIE WIEDER auch wirklich NIE WIEDER heißt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Wir wollen nun eine Schweigeminute für die hier ermordeten Kinder einlegen und Blumen ablegen.

Anschließend werden wir die Stolpersteine säubern, Sie sind herzlich eingeladen, daran teil zu nehmen.

Vielen Dank.